

Rückblick: Gespräch der Präsidenten zur „Zukunft Europas“



© Alice Schnür-Wala

Am 9. Oktober 2018 durfte die WU gleich drei amtierende europäische Staatsoberhäupter am Campus willkommen heißen. Bundespräsident *Alexander Van der Bellen*, der slowakische Präsident *Andrej Kiska* und der deutsche Bundespräsident *Frank-Walter Steinmeier* diskutierten mit Studierenden und der interessierten Öffentlichkeit über die „Zukunft Europas“. Im Rahmen dieser vom Institut für Europarecht und Internationales

Recht und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik – mit hervorragender Unterstützung der administrativen Abteilungen der WU – veranstalteten Diskussion thematisierten die drei Präsidenten einige der zentralen Herausforderungen und jüngsten Störungen in der europäischen Integrationspolitik und begaben sich auf eine Spurensuche hinsichtlich ihrer Ursachen. Anschließend erhielt das Publikum die einmalige Gelegenheit, seine Fragen an die hochkarätigen Gäste zu richten.

Das deutsche Staatsoberhaupt *Steinmeier* sah den Brexit als Zuspitzung einer bereits länger andauernden Entwicklung – Europa werde immer mehr zur „Adresse für Unbehagen“ über Globalisierung, Migration und Störungen der Finanzwirtschaft. Freihandel, Multilateralismus und Völkerrecht werden als Werte zunehmend in Frage gestellt, so wiederum *Van der Bellen*.

Eine der Ursachen verorteten die Präsidenten in der „Selbstverständlichkeit und Alltäglichkeit vieler Dinge“ – das freie Reisen, die Absolvierung von Auslandssemestern, transnationale Freundschaften und Ehen sowie das Arbeiten in anderen Mitgliedstaaten der Union. Insbesondere werde die größte Errungenschaft negiert – die Europäische Union habe „70 Jahre lang für Frieden in einer Region gesorgt, die zuvor 300 Jahre lang von Krieg und Bürgerkriegen zerpflegt und zerfurcht“ worden war. „Das ist ein Riesengeschenk“, so *Steinmeier*.

Die globalen Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union derzeit konfrontiert sieht, könne man nur gemeinsam lösen, waren sich die Staatsoberhäupter einig. Nationale Souveränität sei im 21. Jahrhundert eine Illusion, denn im Weltmaßstab „ist jeder europäische Staat ein Kleinstaat“; nur gemeinsam im transnationalen Verband mit anderen Mitgliedstaaten seien wir „etwas, mit dem andere rechnen müssen“, so *Van der Bellen*. „Das letzte, was wir brauchen, ist eine freiwillige Verzweigung“, so der österreichische Präsident. Was wir hingegen benötigen, seien starke Fürsprecher für die Europäische Union, sowohl auf nationaler als auch unionaler Ebene, so *Kiska*.



Van der Bellen und seine Amtskollegen appellierten, an den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Zudem mahnte das österreichische Staatsoberhaupt „zu überlegen, wer ein wahrer Patriot ist.“ „Ist es der, der den

Nationalstaat des 19. Jahrhunderts von gestern und vorgestern auf den Schild hebt, oder ist es der, der versteht, dass Souveränität heutzutage gebündelt werden muss?“

